

Dresden 2012: NO PASARAN!

Am mittlerweile 67. Jahrestag der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg sehen Faschist_innen aus aller Herren Länder erneut einen Anlass, sowohl Geschichtsrevisionismus zu betreiben, als auch alle anderen Facetten ihres Gedankenguts auf die Straße zu tragen. Vor allem wollen sie jedoch wieder Platz nehmen in der Gesellschaft - wollen sich Akzeptanz verschaffen für ihre Ansichten und den Eindruck erwecken, sie würden ja lediglich eine andere Meinung repräsentieren.

Dass die Meinung von Nazis aber unter keinen Umständen zu akzeptieren, sondern immer und überall zu bekämpfen ist, hat die Geschichte gelehrt - sollte man jedenfalls meinen. Augenscheinlich scheint jedoch genau das Gegenteil der Fall zu sein: Über Jahre hinweg wurden zahlreiche Morde an Migrant_innen als rassistische Gewalt verleugnet und einen politischen Hintergrund schloss man von vornherein aus. Nicht gerade verwunderlich: Bestand doch für den Staat die Gefahr, in der Öffentlichkeit damit konfrontiert zu werden, mit seinen Agenten und Spitzeln selbst in der Organisation und Finanzierung des rechten Sumpfes verstrickt zu sein.

Der kapitalistische Staat hält sich die Faschisten wie ein Ass im Ärmel, um in Zeiten von Krisen auf sie zurückgreifen zu können. Vielleicht kann er sich ja ihrer eines Tages noch mal bedienen um die organisierte Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und Parteien zu zerschlagen ... 

Der Staat als Antifa?

Dass die Regierung kein Interesse an der Zerschlagung der Nazistrukturen hat, zeigte sich auch in der direkten Aktion am Beispiel Dresden, wo massive Polizeigewalt gegen jene ausging, die verhindern wollten, dass die Faschist_innen in Deutschland wieder ungehindert marschieren.

Deshalb können wir uns im Kampf gegen Nazis auch nicht auf den Staat verlassen, sondern müssen uns in antifaschistischen Bündnissen selbst organisieren. Der bürgerliche Staat hatte keinerlei Interesse daran, gemeinsam mit der großen Masse an Demonstrant_innen, die Nazis an ihrem

Aufmarsch zu hindern. Im Gegenteil: Er setzt alles daran, ihnen den Weg freizumachen, auch mit Gewalt! Doch wir waren zu viele, zu entschlossen und zu gut organisiert - durch militante Massenaktionen gelang es den Aufmarsch platzen zu lassen und die Nazis stundenlang am Bahnhof zu kesseln.

Auch die Lichterkette, zu der die Bürgermeisterin der Stadt letztes Jahr aufgerufen hatte, trug wohl keineswegs zu dem Erfolg bei. Weitab der Laufroute platzierte man sich zu einem stillen Protest. Diese Art von „Widerstand“ zeigt exemplarisch, was bürgerliche „Antifaschist_innen“ und sogenannte „Anständige“ dem braunen Pack entgegenzusetzen haben: Nämlich nichts.

Die sogenannte „Extremismus-Theorie“, die ebenfalls aus diesen Kreisen kommt, tut ihr Übriges dazu. Einzig die Diskreditierung antifaschistischen Protestes und der direkten Aktionen gegen Nazis ist dabei ihr Ziel. Linke sollen mit Rechten „wissenschaftlich“ begründet gleichgesetzt werden und daher wundert es auch nicht, dass in Zeiten, in denen sich Politiker aller Couleur mal wieder überlegen, wie sie die NPD verbieten können, aus der CSU Stimmen laut werden, die ein Verbot der Partei DIE LINKE fordern.

Dresden: Gegen Geschichtsrevisionismus!

Dass die Nazis mit ihrem üblichen Propagandamüll versuchen, die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten als Holocaust darzustellen, ist eine Sache. Die andere Seite des propagandistischen Unfugs bilden die sogenannten Antideutschen, die sich fälschlicherweise als Antifas bezeichnen. Für sie sind die Deutschen per se ein sogenanntes Tätervolk und daher feiern sie den Bombenkrieg der Alliierten als große antifaschistische Aktion.

Das ist totaler Nonsense, denn imperialistischer Bombenterror gegen Zivilbevölkerung - ob in Dresden, in Bagdad oder in Teheran - hat mit Antifaschismus nichts zu tun und rassistische Ideologien, wie die des Tätervolks, haben in linken und kommunistischen Strukturen nichts zu suchen.

Einheit in der Aktion!

Um den Faschisten auch dieses Jahr wieder das Leben zur Hölle zu machen, brauchen wir die antifaschistische Einheitsfront, in der sich alle Antifaschist_innen, Migrant_innen, Kommunist_innen, DGB-Gewerkschafter_innen und Sozialdemokrat_innen aus SPD und Linkspartei organisieren, denn sie sind und waren immer Opfer des Faschismus. Sie sind diejenigen, die keine Hilfe vom bürgerlichen Staat erwarten können, also müssen sie begreifen, dass es auf die Einheit in der Aktion gegen den Faschismus ankommt. Wir rufen dazu auf, auch dieses Jahr wieder nach Dresden zu fahren, Faschist_innen zu blockieren und sie als große Masse militant zu bekämpfen!

Who's streets? Our streets! SMASH FASCISM!

- Naziaufmärsche blockieren, vertreibt die Faschist_innen mit militärischen Massenaktionen von der Straße!
- Gegen Faschist_innen können wir uns nicht auf die Polizei verlassen. Für das Recht auf Schaffung von Selbstverteidigungsstrukturen der Arbeiter_innen, Jugendlichen, Migrant_innen und der ansässigen Bevölkerung!
- Kämpfen wir gemeinsam gegen Rassismus, Homophobie, Sexismus, Nationalismus und Faschismus! Gleiche Bürgerrechte für alle, unabhängig von ethnischer Herkunft, Nationalität oder Religion!
- Für eine multiethnische, internationale Bewegung der Arbeiter_innen und Unterdrückten gegen den globalen Kapitalismus - für den Aufbau einer revolutionären Internationale der Arbeiter_innenbewegung und der Jugend!

Gemeinsam auf nach Dresden - Kein Fußbreit den Faschisten!



Brandanschläge in Berlin - Welche Militanz brauchen wir?

Seit kurzem ist sie erneut in aller Munde - Die Frage, ob und welche Gewalt legitim ist! Ein erneuter Auslöser für diese Debatte sind die anhaltenden Brandanschläge auf Berliner S-Bahnen, nachdem in diesem Jahr allein in Berlin bereits über 300 Autos ausbrannten. Durch die Gruppe, die sich selbst „Hekla“ nennt, von einem isländischen Vulkan abgeleitet, haben die Aktionen nun eine neue Qualität erreicht.

Während die Reaktion der bürgerlichen Medien und etlicher Politiker eine Kampagne ist, die sich nicht nur gegen die Brandstifter, sondern gegen die radikale Linke, letztlich aber die Jugend- und Arbeiterbewegung im allgemeinen richtet, ist die Linke über diese Frage gespalten. Einige bezweifeln, dass „Hekla“ eine linke Gruppe sei, sondern vielmehr eine Inszenierung des Staates. Aus dem autonomen Spektrum gibt es viele, die die Brandanschläge begrüßen. Andere wiederum, haben Kritik an der Aktion, weil sie den Medien und der „Öffentlichkeit“ missfallen und besonders reformistische und pazifistische Organisationen, wenden sich kategorisch gegen den Einsatz jeglicher Gewalt, demzufolge auch gegen die momentanen Brandanschläge. Doch wie sollten sich junge Kommunist_innen zu den momentanen Brandanschlägen und der Frage der Gewalt im allgemeinen Positionieren?

- ☒ Die wenigsten der bisherigen Kritiker, ebenso wie viele Befürworter, haben die Brandanschläge im Zusammenhang mit einer allgemeinen Perspektive, die eine erfolgreiche Linke haben müsste, um gegen die Krise des Kapitalismus vorzugehen betrachtet. Das ist auch das Problem, das zwar zu vielen richtigen Ansätzen und Argumenten geführt hatte, aber keine allgemeine Antwort auf die Frage geben konnte, welche Militanz eine revolutionäre Jugendbewegung braucht.

Während wir uns als junge Kommunist_innen weigern Gewalt grundsätzlich abzulehnen, wie es die Gewerkschaftsführungen, die LINKE oder Teile der

„Occupy-Bewegung“ tun, denken wir aber, dass sie keine grundlegende Strategie gegen den Kapitalismus ist.

Gewalt ist unserer Meinung nach ein taktisches Mittel. Eines ist nämlich klar - Die Gewalt der Herrschenden, von Kapital und Staat, werden nicht durch die moralische Größe des Widerstandes überwunden werden. Diejenigen, die Militär, Polizei und Geheimdienste kontrollieren werden nicht zögern sie gegen uns einzusetzen, wenn wir uns wehren. Daher dürfen wir auch nicht zögern uns notfalls auch mit Mitteln der Gewalt gegen sie zu stellen, um ihrer Unterdrückung ein für alle mal ein Ende zu bereiten!

Wenn zum Beispiel Faschisten aufmarschieren, werden diese nur durch Massenmobilisierungen und Selbstverteidigungsaktionen der ansässigen Bevölkerung daran gehindert, selbst ihre terroristische Gewalt auf unseren Straßen zu verbreiten. Auch Streiks sind ein Mittel der Gewalt, auch wenn sie heutzutage selten physische Gewalt anwenden, denn sie stellen die ökonomische Kontrolle des jeweiligen Unternehmers oder Konzerns zumindest kurzzeitig in Frage. Genauso waren die Proteste im arabischen Raum gegen Mubarak, Gaddafi oder Ben Ali von Anfang an gewaltsam. Und sie waren es zurecht, denn sonst wären sie alle an Militär und Polizei, den wichtigsten Repressionsorganen des bürgerlichen Staates, gescheitert. All das zeigt, dass Gewalt ein unerlässliches Mittel von sozialen Bewegungen darstellt. Wir lehnen Brandanschläge daher nicht deshalb ab, weil sie eine Form der Gewalt darstellen.

Auch das Argument, dass eine soziale Bewegung, die Linke oder einzelne Organisationen ihre Aktionen nach dem Echo der Medien richten sollten halten wir für falsch. Der Grund liegt einfach darin, dass soziale Bewegungen, die sich ernsthaft gegen die bürgerliche Gesellschaft niemals auf Dauer positiv von bürgerlichen Medien aufgegriffen werden.

Das wirkliche Problem der Brandanschläge ist, dass sie kein Mittel sind, um breite Bevölkerungsschichten tatsächlich in die Aktion einzubeziehen. Nur durch die geeinte Aktion von sozialen Bewegungen, nur durch die geeinten Aktionen der Arbeiterbewegung und der Jugend kann kritisches, revolutionäres Bewusstsein entwickelt werden. Individuelle Aktionen, wie die

momentanen Brandanschläge stoßen breite Teile der Bevölkerung aber weg von der gemeinsamen Aktion mit Linken und Kommunist_innen. Darüber hinaus waren sie in diesem Falle, wie wir aufgrund von Gesprächen mit unterschiedlichen Eisenbahngewerkschaftern erfahren mussten, tatsächlich eine Bedrohung für Bahnbeschäftigte und Passagiere, die bis hin zum Zusammenstoß und der Entgleisung von Zügen hätte führen können. Bedenkt man, dass insbesondere ein Großteil der Bahnpassagiere Arbeiter_innen sind, sind diese Aktionen nicht nur unangebracht, sondern besitzen auch einen spaltenden Charakter für soziale Bewegungen.

In diesem Zusammenhang erscheint auch das Argument „die blinden Massen aufzurütteln“ wenig überzeugend! Gerade wenn wir die Krise, die Eindrücke des arabischen Frühlings, Proteste wie die Occupy-Bewegung, Streiks und Massenaktionen auf dem ganzen Globus bedenken, ist es sogar hinfällig.

- Unsere Antwort auf Krise, Sparmaßnahmen, Krieg und Hunger müssen Aktionen sein, die dazu in der Lage sind die Masse einzubinden. Natürlich können wir die Sympathien vieler Jugendlicher für die Brandanschläge, die von ihrer gefühlten Hilflosigkeit im Kapitalismus herrührt, nachvollziehen. Diese Hilflosigkeit kann aber nur durch globale Massenbewegungen und militanten Widerstand, der kollektiv durch die Jugend- und Arbeiterbewegung in Form von Demonstrationen, über Betriebsbesetzungen bis hin zu Generalstreiks geführt wird, überwunden werden.

Ein Artikel der REVOLUTION Ortsgruppe Berlin